

Anhörungfassung
Kerncurriculum
für die Oberschule
Schuljahrgänge 7 - 10

Politik



Niedersachsen

Das vorliegende Kerncurriculum bildet die Grundlage für den Unterricht im Fach Politik an Oberschulen in den Schuljahrgängen 7 - 10. An der Erarbeitung des Kerncurriculums waren die nachstehend genannten Lehrkräfte beteiligt:

Die Ergebnisse des gesetzlich vorgeschriebenen Anhörungsverfahrens sind berücksichtigt worden.

Herausgegeben vom Niedersächsischen Kultusministerium (2018)
Schiffgraben 12, 30159 Hannover

Druck:
Uni Druck
Weidendamm 19
30167 Hannover

Das Kerncurriculum kann als "PDF-Datei" vom Niedersächsischen Bildungsserver (NIBIS)
(<http://www.cuvo.nibis.de>) heruntergeladen werden.



Inhalt	Seite
1	Bildungsbeitrag des Faches Politik5
2	Kompetenzorientierter Unterricht7
2.1	Der vereinfachte Politikzyklus als Ausgangspunkt7
	des Politikunterrichts
2.2	Kompetenzbereiche9
2.2.1	Inhaltsbezogene Kompetenzen9
2.2.2	Prozessbezogene Kompetenzen12
2.3	Kompetenzentwicklung15
2.4	Innere Differenzierung16
2.5	Zum Einsatz von Medien17
3	Erwartete Kompetenzen19
3.1	Themenfelder für die Schuljahrgänge 7/821
3.2	Themenfelder für die Schuljahrgänge 9/1025
4	Leistungsfeststellung und Leistungsbewertung29
5	Aufgaben der Fachkonferenz31
	Anhang
A1	Operatoren für das Fach Politik32
A2	Angebote der politischen Bildung in Niedersachsen35
A3	Der Wochenbericht als Methode im Politikunterricht35

1 Bildungsbeitrag des Faches Politik

Politisch bildender Unterricht thematisiert soziale, ökonomische, ökologische und politische Phänomene, Probleme, Prozesse und ihre mediale Darstellung. Er trägt dazu bei, wechselseitige Abhängigkeiten zu erkennen und Wertmaßstäbe für eigenes Handeln sowie ein Verständnis für politische Entscheidungen zu entwickeln.

Dabei orientiert sich der Politikunterricht am Ziel des mündigen Bürgers. Dies bedeutet unter den Bedingungen demokratisch-gesellschaftlicher und demokratisch-politischer Lebenssituationen in kritischer Loyalität am sozialen Leben und an Politik teilhaben zu können. Durch den Politikunterricht in der Oberschule werden die Schülerinnen und Schüler befähigt, ihre anspruchsvolle Rolle als Bürgerinnen und Bürger in der Demokratie bewusst wahrzunehmen, indem sie gemäß dem Bildungsauftrag im § 2 des Niedersächsischen Schulgesetzes (NSchG) „die Grundrechte für sich und jeden anderen wirksam werden lassen [...] und zur demokratischen Gestaltung der Gesellschaft beitragen“. Deshalb begreift das Fach Politik Inklusion sowohl als Aufgabe als auch als Unterrichtsinhalt.

Um den sich verändernden Lebensbedingungen der Jugendlichen gerecht zu werden, müssen die Heranwachsenden in die Lage versetzt werden, Sachverhalte zu analysieren, diese angemessen zu beurteilen und dementsprechend zu handeln. Damit die Schülerinnen und Schüler Konflikte friedlich austragen können, erproben sie verschiedene Möglichkeiten der Teilhabe und Auseinandersetzung. Sie erfahren hierdurch die Notwendigkeit von Kooperations- und Kompromissbereitschaft, die für eine offene, pluralistische Gesellschaft unerlässlich sind. Der Politikunterricht bildet die Vielfalt in der Gesellschaft ab und thematisiert auch die Vielfalt sexueller Identitäten.

Um ggf. unrealistische Erwartungen der Schülerinnen und Schüler zu relativieren, muss im Unterricht vermittelt werden, dass Politik zumeist in kleinen Schritten umgesetzt wird und einen nie endenden Prozess darstellt (vgl. 2.1). Diese Erkenntnis trägt dazu bei, dass Politik in der Demokratie eine dauerhafte Chance zur Beteiligung bietet. So kann der Politikunterricht der Gleichgültigkeit gegenüber politischen Themen und dem vereinfachenden Umgang mit ihnen entgegenwirken und einer möglichen Demokratieverdrossenheit, Manipulation und Radikalisierung vorbeugen.

In der Auseinandersetzung mit Medien im Politikunterricht eröffnen sich Schülerinnen und Schülern erweiterte Möglichkeiten der Wahrnehmung, des Verstehens und Gestaltens. Zum einen bieten sie ihnen nahezu grenzenlose Möglichkeiten der Informationsbeschaffung und einen einfachen Zugang zur politischen Teilhabe. Zum anderen stellen Medien – insbesondere ihre Instrumentalisierung – eine Gefahr der Beeinflussung dar, was einen bewussten Umgang mit ihnen mittels Medienanalyse und Medienkritik erfordert.

Das Fach Politik thematisiert dabei soziale, ökonomische, ökologische, politische, kulturelle und interkulturelle Phänomene und Probleme. Es leistet damit einen Beitrag zu den fachübergreifenden Bildungsbereichen Bildung für nachhaltige Entwicklung, Medienbildung, Mobilität, Sprachbildung sowie Verbraucherbildung. Dies schließt auch die Berücksichtigung der Vielfalt sexueller Identitäten ein. Der Unterricht im Fach Politik trägt somit dazu bei, den im Niedersächsischen Schulgesetz formulierten Bildungsauftrag umzusetzen.

Eine zentrale Aufgabe des Unterrichts im Fach Politik ist es, dazu beizutragen, dass die Schülerinnen und Schüler die für den erfolgreichen Schulbesuch und die gesellschaftliche Teilhabe notwendigen sprachlichen Kompetenzen erwerben. Die kompetente Verwendung von Sprache ist deshalb auch im Fach Politik Teil des Unterrichts. Im Unterricht geht es darum, die Lernenden schrittweise und kontinuierlich von der Verwendung der Alltagssprache zur kompetenten Verwendung der Bildungssprache einschließlich der Fachbegriffe aus dem Bereich „Politik“ zu führen. Die Schülerinnen und Schüler erhalten Gelegenheit, die Bildungssprache und die Fachsprache aufzunehmen, selbst zu erproben und Sprachbewusstsein zu entwickeln. Dabei werden die verwendeten sprachlichen Mittel und die sprachlichen Darstellungsformen zunehmend komplexer. Bei der Planung und Durchführung konkreter Unterrichtseinheiten und Unterrichtsstunden ist Sorge dafür zu tragen, dass die sprachlichen Kenntnisse nach Bedarf vermittelt und nicht vorausgesetzt werden.

Mit dem Erwerb spezifischer Kompetenzen wird im Unterricht des Faches Politik u. a. der Bezug zu verschiedenen Berufsfeldern hergestellt. Die Schule ermöglicht es damit den Schülerinnen und Schülern, Vorstellungen über Berufe und über eigene Berufswünsche zu entwickeln, die über eine schulische Ausbildung, eine Ausbildung im dualen System oder über ein Studium zu erreichen sind. Der Fachunterricht leistet somit auch einen Beitrag zur Beruflichen Orientierung, ggf. zur Entscheidung für einen Beruf.

2. Kompetenzorientierter Unterricht

Im Kerncurriculum des Faches Politik werden die Zielsetzungen des Bildungsbeitrags durch verbindlich erwartete Lernergebnisse konkretisiert und als Kompetenzen formuliert. Dabei werden im Sinne eines Kerns die als grundlegend und unverzichtbar erachteten fachbezogenen Kenntnisse und Fertigkeiten vorgegeben.

Kompetenzen weisen folgende Merkmale auf:

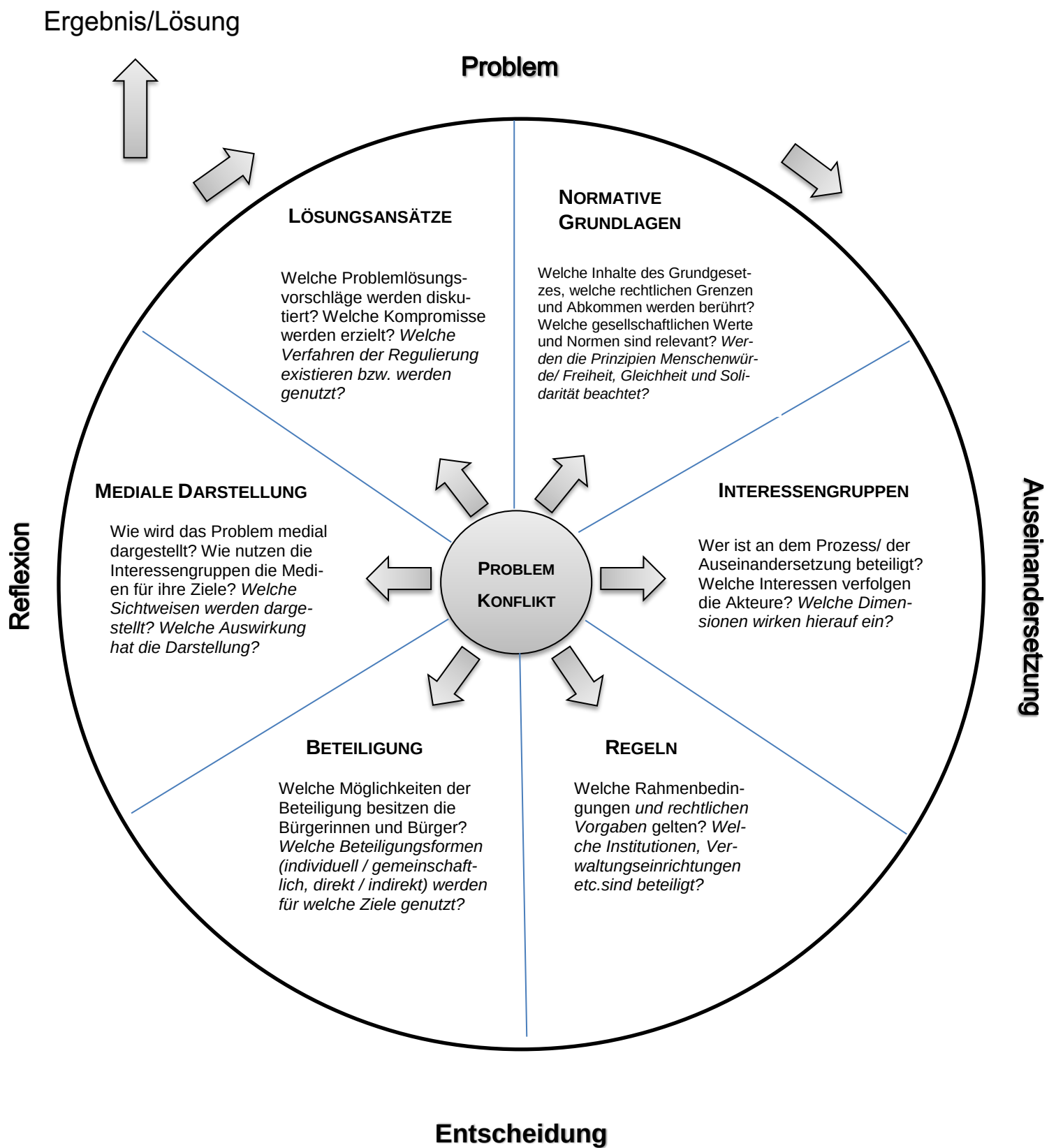
- Sie zielen ab auf die erfolgreiche und verantwortungsvolle Bewältigung von Aufgaben und Problemstellungen.
- Sie verknüpfen Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten zu eigenem Handeln. Die Bewältigung von Aufgaben setzt gesichertes Wissen und die Beherrschung fachbezogener Verfahren voraus sowie die Bereitschaft und Fähigkeit, diese gezielt einzusetzen.
- Sie stellen eine Zielperspektive für längere Abschnitte des Lernprozesses dar.
- Sie sind für die persönliche Bildung und für die weitere schulische und berufliche Ausbildung von Bedeutung und ermöglichen anschlussfähiges Lernen.

Die erwarteten Kompetenzen werden in Kompetenzbereiche zusammengefasst, die das Fach strukturieren. Aufgabe des Faches Politik ist es, die Kompetenzentwicklung der Schülerinnen und Schüler anzuregen, zu unterstützen, zu fördern und langfristig zu sichern. Dies gilt auch für die fachübergreifenden Zielsetzungen der Persönlichkeitsbildung.

2.1 Der vereinfachte Politikzyklus als Ausgangspunkt des Politikunterrichts

Im Politikunterricht werden Inhalte unter Anwendung politikdidaktischer Analyse- und Urteilsverfahren sowie fachspezifischer Arbeitstechniken und Methoden bearbeitet. Die Schülerinnen und Schüler behandeln die Themen im Rahmen des vereinfachten Politikzyklus.

Der vereinfachte Politikzyklus stellt das grundlegende Denkmodell für den Politikunterricht dar und kommt bei der Bearbeitung der Themenfelder (siehe Kapitel 2.2.1) zum Einsatz. So wird dem prozesshaften Charakter von Politik in der Demokratie Rechnung getragen. Dabei geht der Politikzyklus von einem konflikt-/ problemorientierten Ansatz aus. Im Zentrum des Zyklus und damit der Betrachtung steht ein Problem oder Konflikt. Es findet eine gesellschaftlich-politische Auseinandersetzung statt, an deren Ende eine politische Entscheidung steht. Diese Entscheidung kann eine Lösung (zum Beispiel in Form eines Kompromisses) sein oder nach einer Reflexionsphase den Ausgangspunkt für einen neuen Zyklus darstellen.



Zur Erfassung des Problems/Konflikts werden die Aspekte *Normative Grundlagen, Interessengruppen, Regeln, Beteiligung, Mediale Darstellung* sowie *Lösungsansätze* mithilfe der entsprechenden Analysefragen eingehender bearbeitet. Weder unterliegen die Aspekte und die Analysefragen einer festgelegten Reihenfolge, noch müssen sie immer alle zwingend bearbeitet werden.

2.2 Kompetenzbereiche

Mit der Erarbeitung des Politikzyklus erhalten die Schülerinnen und Schüler einen fachlich angemessenen und der Bürgerrolle entsprechenden Zugang zu politischen Inhalten. Dadurch werden die Jugendlichen sich ihrer eigenen Interessenlage bewusst, artikulieren diese und nehmen andere demokratische Interessen und Meinungen wahr. Die im Politikunterricht erworbenen Kompetenzen lassen sich in inhaltsbezogene und prozessbezogene Kompetenzen unterteilen. Beide Kompetenzbereiche werden immer im Zusammenhang im Unterricht berücksichtigt.

2.2.1 Inhaltsbezogene Kompetenzen

Unter inhaltsbezogener Kompetenz wird die Fähigkeit verstanden, das politisch Relevante durch die Anwendung der Aspekte des Politikzyklus zu benennen. Die im Folgenden verbindlich vorgegebenen Themenfelder entsprechen den Kriterien der Aktualität, Exemplarität, Angemessenheit sowie der Betroffenheit und ermöglichen eine inhaltliche Orientierung in Politik und Gesellschaft.

Themenfelder unter Anwendung der Aspekte des Politikzyklus

Aspekte des Politikzyklus Themenfeld	Normative Grundlagen	Interessen- gruppen	Regeln	Beteiligung	Mediale Darstellung	Lösungsansätze
Schuljahrgang 7						
Was ist Politik?	Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit und Solidarität	Verschiedene Interessengruppen	Gesetze und Regeln des Zusammenlebens	Vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten	Politik in der medialen Darstellung	Interessenausgleich
Machen Medien Meinungen?	Pressefreiheit und Meinungsfreiheit	Öffentlichkeit, Politiker, Medien	Aufgaben der Medien, Persönlichkeitsrechte und Datenschutz	Soziale Netzwerke, Leserbriefe, Schülerzeitung/ Homepage	Realität als mediale Darstellung	Vielseitige und kritische Mediennutzung, Medien als Vierte Gewalt
Schuljahrgang 8						
Gerechtigkeit für alle?	Rechtstaatlichkeit, Schutz vor Willkür und Korruption, Menschenrechte und Schutz der Menschenwürde	Konfliktgegner	Rechte und Pflichten	Rechtsweggarantie	Informationspflicht oder Skandalisierung	Gesetze und unabhängige Gerichte, Konfliktregulierung
Leben, um zu arbeiten? Arbeiten, um zu leben?	Bedeutung von Arbeit	Arbeitnehmer, Erwerbslose, Unternehmer, Rentner/Pensionäre	Sozialstaatlichkeit - Möglichkeiten und Grenzen	Beschäftigung, Ehrenamt, Solidarität, Formen des Arbeitskamps	Glaubwürdigkeit von Statistiken	Zukunft von Arbeit

Aspekte des Politikzyklus Themenfeld	Normative Grundlagen	Interessen-Gruppen	Regeln	Beteiligung	Mediale Darstellung	Lösungsansätze
	Schuljahrgang 9					
Demokratie in Deutschland: Zwischen Untertan und Bürger?	Demokratie und Grundgesetz	Individuelle Interessen, allgemeine Interessen	Gewaltenteilung, Föderalismus, Parlamentarismus	Wahlen und andere Beteiligungsformen	Wahlkampf in den Medien und sozialen Netzwerken	Freiheitlich-demokratische Grundordnung
EU - ein Garant für Frieden, Wohlstand und Sicherheit?	Grundidee der EU	Staatliche und nichtstaatliche Akteure	Organe der EU, Entscheidungsverfahren auf europäischer Ebene, Binnenmarkt	Wahlen, Europäische Bürgerinitiative, internationale Jugendbegegnung	Kontroverse Berichterstattung über die Politik der EU und internationale Krisen	Abkommen und Bündnisse, Friedenssicherung durch Dialog
	Schuljahrgang 10					
Umwelt und Wirtschaft: gegen- oder miteinander?	Wirtschaftswachstum, Umwelt- und Klimaschutz	Staatliche und nichtstaatliche Akteure, Verbraucher	Ökologie und Ökonomie	Engagement in Parteien und Verbänden	Marketing und Werbestrategien der Unternehmen; Darstellung von Missständen	Internationale Konferenzen, Abkommen und Gesetze
Erreichen wir eine grenzenlose Sicherheit?	Charta der UN, Menschenrechte als uneingeschränkte Verpflichtung	UN, souveräne Staaten, Failed States	Völkerrecht, Souveränitätsprinzip	NGO (Nichtregierungsorganisationen)	Kontroverse Berichterstattung	Konfliktprävention, Konfliktintervention und Konfliktnachsorge

2.2.2 Prozessbezogene Kompetenzen

Die im Folgenden aufgeführten prozessbezogenen Kompetenzen befähigen dazu, gesellschaftliche und politische Phänomene angemessen zu analysieren, zu beurteilen und daraus eine Handlungsorientierung zu entwickeln.

Der Politikzyklus als didaktisches Denkmodell ermöglicht dabei einen unterrichtspraktikablen Analysezugriff auf Politik. Auf der Grundlage der so ermittelten Analyseergebnisse werden gesellschaftliche und politische Prozesse der Beurteilung und Bewertung zugänglich. Im Mittelpunkt steht ein Problem/Konflikt. Die sechs Aspekte des Politikzyklus in Verbindung mit dem Problem/Konflikt lassen erkennen, dass Politik einen prozesshaften Charakter hat, Prozesse verschachtelt sind, oft parallel verlaufen und nicht immer endgültig geklärt werden.

Analysekompetenz

Unter Analysekompetenz wird die Fähigkeit verstanden, komplexe und vielschichtige politische Sachverhalte, Prozesse und institutionelle Regelungen fachlich angemessen zu erschließen.

Im Sekundarbereich I eignet sich hierfür insbesondere der Politikzyklus, an dessen Ende eine Konfliktregulierung möglich ist. Diese kann-erneut ein Ausgangspunkt für Probleme bzw. Konflikte sein. Der Politikzyklus ermöglicht den Schülerinnen und Schülern anhand verschiedener Aspekte politische Probleme und Konflikte zu erfassen. Die einzelnen Aspekte können mithilfe der Analysefragen des Politikzyklus erschlossen werden. Sie helfen, das politisch Relevante eines Themas aufzudecken.

Urteils- und Handlungskompetenz

Die Struktur des Unterrichts orientiert sich an den Phasen des Politikzyklus

- ⇒ Problem,
- ⇒ Auseinandersetzung,
- ⇒ Entscheidung,
- ⇒ Reflexion
- ⇒ Ergebnis/ Lösung

und zielt auf die Entwicklung der Urteils- und Handlungskompetenz, wie sie die Wahrnehmung der demokratischen Bürgerrolle vorsieht.

Urteilskompetenz

Unter Urteilskompetenz wird die Fähigkeit verstanden, politische Probleme und Konflikte und deren Regulierungsmöglichkeiten zu beurteilen. Die Urteilsbildung im Politikunterricht erfolgt auf der Basis des Grundgesetzes.

Die Beurteilung erfolgt auf der Grundlage der Analyseergebnisse, die sich aus den sechs Aspekten des Politikzyklus (*Normative Grundlagen, Interessengruppen, Regeln, Beteiligungsmöglichkeiten, Mediale Darstellung, Lösungsansätze*) zusammensetzen. Die nachfolgend genannten Urteilsfragen dienen als Bearbeitungshilfe im Unterricht.

Kriterien	Urteilsfragen
Eigen-/ Fremd- interesse	• Welche Interessen habe ich, welche Interessen haben andere? • Was nutzt meinen, was den Interessen anderer?
Zumutbarkeit, Verantwort- barkeit, Folgen	• Ist die Situation oder sind die Folgen einer Problemlösung für mich zumutbar? • Ist die Situation oder sind die Folgen einer Problemlösung für andere zumutbar? • Würde ich an Stelle der anderen die Folgen der Problemlösungen als zumutbar empfinden? • Werden Informationen sachlich und ausgewogen vermittelt?
Effizienz	• Wird das angestrebte Ziel erreicht? • Rechtfertigt das Ziel die eingesetzten Mittel? • Wird Entscheidungsmacht der Akteure gewonnen oder erhalten? • Bezieht die Öffentlichkeit Stellung?
Legitimität	• Entsprechen die Entscheidungen und das Handeln der Menschenwürde und den Grundwerten Freiheit, Gleichheit und der Solidarität? • Besitzen die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, auf den Prozess und die Entscheidungsfindung Einfluss auszuüben? • Handeln die Akteure verantwortungsbewusst gegenüber den von ihnen vertretenen Gruppen?

Handlungskompetenz

Unter Handlungskompetenz wird die Fähigkeit verstanden, kritisch-loyal, gesellschaftlich informiert und an demokratischen Werten orientiert am gesellschaftlichen und politischen Leben teilzunehmen und so zur Ausgestaltung, Sicherung und Weiterentwicklung der Demokratie aktiv beizutragen. Deshalb ist Handlungskompetenz als übergeordnetes Ziel zu verstehen, das weit über die unterrichtliche Bedeutung hinausgeht. Sie zielt darauf ab, die grundlegenden Werte Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit und Solidarität zu leben.

Die Schülerinnen und Schüler weisen im Unterricht ihre Handlungskompetenz nach, indem sie ...

- mit anderen fair und gewaltfrei umgehen.
- mithilfe der sozialen Perspektivübernahme egozentrische Positionen überwinden und andere Mitmenschen und Positionen als gleichberechtigt wahrnehmen.
- sich für andere aus Mitgefühl, Gerechtigkeitsempfinden und sozialer Verantwortung einsetzen.
- die eigene Meinung sachlich-argumentativ und unter strategischen Überlegungen in Wort und Schrift darlegen.
- Kompromisse entwickeln und akzeptieren.
- unterschiedliche Sichtweisen und Lösungsansätze nebeneinander stehen lassen und Uneindeutigkeiten ertragen.
- begründete Kritik äußern und sich mit Kritik auseinandersetzen.
- die Angebote u.a. der Massenmedien zur Informationsgewinnung und Meinungsbildung nutzen.
- gesellschaftliche und politische Mitwirkungsmöglichkeiten im Sinne der eigenen und gemeinsamen Interessenlage nutzen und Einfluss auf gesellschaftliche und politische Prozesse ausüben.
- gesellschaftliche Verantwortung übernehmen (z.B. in der Klasse, Schule, Schülervertretung, Schulvorstand).

2.3 Kompetenzentwicklung

In den Schuljahrgängen 7 und 8 werden die *Analysekompetenz* sowie die *Urteilskompetenz* überwiegend auf der konkreten Lernebene erworben. Die Themen und Inhalte des Politikunterrichts sollen an die Alltags- und Vorstellungswelt der Schülerinnen und Schüler anknüpfen. Dabei ist zu beachten, dass Beziehungen und Wechselwirkungen zu gesellschaftlichen Teilbereichen zwar aufgezeigt werden, die Analyse aber an konkreten Fallbeispielen und möglichst personalisiert durchgeführt wird. Auf dieser Grundlage sollen zunehmend differenzierte Urteile und Meinungen ermöglicht werden.

Handlungskompetenz ist ein übergeordnetes Ziel des Politikunterrichts. In den Schuljahrgängen 7 und 8 steht die Fähigkeit zu kompetentem Handeln der Schülerinnen und Schüler in ihrem direkten Lebensumfeld im Vordergrund des Unterrichts. Besondere Beachtung erfährt hierbei das friedliche, gleichberechtigte und solidarische Zusammenleben.

In den Schuljahrgängen 9 und 10 werden die *Analyse-* und die *Urteilskompetenz* durch die Verknüpfung der konkreten Lernebene mit der abstrakten und komplexen Politik erworben. In den Mittelpunkt der Untersuchung rücken generalisierte Personenkreise, Fragen des Machterwerbs und Machterhalts, Funktionsprinzipien von Institutionen und Parteien/Fraktionen sowie Kontroll- und Partizipationsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger.

Der Analyse von Kompromissen kommt in diesen Schuljahrgängen besondere Bedeutung zu. Auf diesem Wege wird einsichtig, dass Politik in der Demokratie selten durch als „richtig“ oder „falsch“ zu bezeichnende Vorschläge bzw. Entscheidungen geprägt ist. Diese werden überwiegend durch unterschiedliche Meinungen und Interessen beeinflusst, die sich häufig in politischen Kompromissen widerspiegeln.

Die *Handlungskompetenz* wird auf die abstrakte Ebene ausgeweitet. Sie bezieht sich nicht mehr nur auf den Umgang mit konkret vorstellbaren Situationen, sondern wird auf generalisierte Personenkreise, Handlungsfelder und komplexe Teilbereiche der Gesellschaft erweitert. Im Mittelpunkt des Unterrichts stehen das sozial verantwortliche und das strategisch geprägte Handeln in Gesellschaft und Politik.

Für alle Schuljahrgänge 7-10 gilt:

Die Schülerinnen und Schüler lernen durch Anwendung der Analyse- und Urteilsfragen politisch zu denken. Die stetige Wiederholung der verwendeten Fragen führt langfristig zu Kompetenzen, die über den Unterricht hinausweisen. Dies versetzt die Heranwachsenden in die Lage, ihre Rolle als kritisch-loyale Bürgerinnen und Bürger in zunehmendem Maße wahrzunehmen.

2.4 Innere Differenzierung

Aufgrund der unterschiedlichen Lernvoraussetzungen, der individuellen Begabungen, Fähigkeiten und Neigungen sowie des unterschiedlichen Lernverhaltens sind differenzierende Lernangebote und Lernanforderungen für den Erwerb der vorgegebenen Kompetenzen unverzichtbar. Innere Differenzierung ist Grundprinzip in jedem Unterricht. Dabei werden Aspekte wie z.B. Begabungen, motivationale Orientierung, Geschlecht, Alter, sozialer, ökonomischer und kultureller Hintergrund, Leistungsfähigkeit und Sprachkompetenz berücksichtigt.

Innere Differenzierung beruht einerseits auf der Grundhaltung, Vielfalt und Heterogenität der Schülerschaft als Chance und als Bereicherung zu sehen. Andererseits ist sie ein pädagogisches Prinzip für die Gestaltung von Unterricht im Allgemeinen und für die Organisation von Lernprozessen im Besonderen, auch hinsichtlich der Sozialformen. Eine bedeutsame Rolle kommt dabei dem kooperativen Lernen zu. Ziele der inneren Differenzierung sind die individuelle Förderung und die soziale Integration der Schülerinnen und Schüler.

Aufbauend auf einer Diagnose der individuellen Lernvoraussetzungen unterscheiden sich die Lernangebote z. B. in ihrer Offenheit und Komplexität, dem Abstraktionsniveau, den Zugangsmöglichkeiten, den Schwerpunkten, den bereitgestellten Hilfen und der Bearbeitungszeit. Geeignete Aufgaben zum Kompetenzerwerb berücksichtigen immer die Prinzipien der Unterrichtsgestaltung. Sie lassen vielfältige Lösungsansätze zu und regen die Kreativität von Schülerinnen und Schülern an.

Vor allem leistungsschwache Schülerinnen und Schüler brauchen zum Erwerb der verpflichtend erwarteten Kompetenzen des Kerncurriculums vielfältige Übungsangebote, um bereits Gelerntes angemessen zu festigen. Die Verknüpfung mit bereits Bekanntem und das Aufzeigen von Strukturen im gesamten Kontext des Unterrichtsthemas erleichtern das Lernen.

Für besonders leistungsstarke Schülerinnen und Schüler werden Lernangebote bereitgestellt, die deutlich über die als Kern an alle Schülerinnen und Schüler bereits gestellten Anforderungen hinausgehen und einen höheren Anspruch haben. Diese Angebote dienen der Vertiefung und Erweiterung und lassen komplexe Fragestellungen zu.

Innere Differenzierung fordert und fördert fächerübergreifende Kompetenzen wie das eigenverantwortliche, selbstständige Lernen und Arbeiten, die Kooperation und Kommunikation in der Lerngruppe sowie das Erlernen und Beherrschen wichtiger Lern- und Arbeitstechniken. Um den Schülerinnen und Schülern eine aktive Teilnahme am Unterricht zu ermöglichen, ist es vorteilhaft, sie in die Planung des Unterrichts einzubeziehen. Dadurch übernehmen sie Verantwortung für den eigenen Lernprozess. Ihre Selbstständigkeit wird durch das Bereitstellen vielfältiger Materialien und durch die Möglichkeit eigener Schwerpunktsetzungen gestärkt.

Um die Selbsteinschätzung der Schülerinnen und Schüler zu fördern, stellt die Lehrkraft ein hohes Maß an Transparenz über die Lernziele, die Verbesserungsmöglichkeiten und die Bewertungsmaßstäbe her. Individuelle Lernfortschritte werden wahrgenommen und den Lernenden regelmäßig zurückgespiegelt.

Im Rahmen von Lernzielkontrollen gelten für alle Schülerinnen und Schüler einheitliche Bewertungsmaßstäbe.

Zieldifferente Beschulung

Schülerinnen und Schüler mit einem Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung im Förderschwerpunkt Lernen oder im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung werden zieldifferent beschult. Die Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit einem Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung im Förderschwerpunkt Lernen erfolgt in Anlehnung an das Kerncurriculum der Hauptschule. Materialien für einen kompetenzorientierten Unterricht im Förderschwerpunkt Lernen sind veröffentlicht.

Schülerinnen und Schüler mit einem Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung werden nach dem Kerncurriculum für den Förderschwerpunkt geistige Entwicklung unterrichtet.

Fachbezogene Hinweise zur inneren Differenzierung

Die methodische und inhaltliche Anlage des Politikunterrichts berücksichtigt die Schülerinnen und Schüler in ihrer Individualität und eröffnet ihnen nicht nur Beteiligungs-, sondern auch Gestaltungsmöglichkeiten. Heterogenität wird dabei als Chance zur kritischen und konstruktiven Auseinandersetzung mit dem Politischen und zur Gestaltung von Lern- und Lehrprozessen genutzt. Auf diese Weise spiegelt der Politikunterricht die Offenheit einer demokratischen Gesellschaft.

Individualisiertes Lernen zielt auf die Ausbildung der Handlungskompetenz. Die Schülerinnen und Schüler werden so in die Lage versetzt, in einer Gruppe und später auch in der Gesellschaft eigene Positionen zu politischen Fragen zu formulieren und zu artikulieren. Auf diese Weise wirken sie an konstruktiven Lösungen von Problemen handelnd mit.

Indem sich demokratische Prinzipien und Handlungsmuster im Unterricht niederschlagen, bleibt Demokratie nicht ein abstrakter Gegenstand von Politikunterricht, sondern wird auch für die Schülerinnen und Schüler als Lebens- und Gesellschaftsform erfahrbar.

2.5 Zum Einsatz von Medien

Medien sind allgegenwärtig. Ihre ständige digitale Präsenz wird mittlerweile, insbesondere von Jugendlichen, als selbstverständlich angesehen. Das birgt sowohl Chancen als auch Risiken. Berufliche, persönliche und politische Bildung sind heute ohne Medien nicht denkbar. Medienkompetenz ist deshalb eine „Schlüsselqualifikation unserer Gesellschaft“ und die Entwicklung von Medialitätsbewusstsein bzw. Medienwissen dafür eine Grundbedingung. Die Herausforderungen für den Einzelnen als auch für die Gesellschaft liegen unter anderem im Schutz der Persönlichkeitsrechte und dem Datenschutz allgemein.

Deshalb müssen die Schülerinnen und Schüler darin ausgebildet werden, Medienanalyse und Medienkritik zu betreiben. Nicht im Sinne eines „Grundmisstrauens“ gegenüber den Medien, sondern im Sinne einer Bewusstheit medialer Prinzipien.¹

Lernen mit Medien

Im politischen Unterricht dienen Medien zunächst als Werkzeug zur Recherche, Strukturierung, Produktion und Präsentation neuer Wissensinhalte. Mit ihrer Hilfe lassen sich Inhalte speichern und kommunizieren. Das Lernen erfolgt hier mit Medien.

- ⇒ Medien erweitern die Möglichkeiten zur Beschaffung, Bearbeitung und Auswertung von Informationen.
- ⇒ Medien beeinflussen individuelle Schreibprozesse, Formen der kooperativen Textproduktion und Textdistribution.
- ⇒ Medien erweitern die Kommunikationsmöglichkeiten und beeinflussen das Kommunikationsverhalten.²

Eine besondere Bedeutung für den Politikunterricht spielen die Medien zur Informationsgewinnung wie Zeitungen, Radio und Fernsehen sowie alle Varianten im Internet bis hin zu sozialen Netzwerken. Die Möglichkeiten der Darstellung von Erkenntnissen reichen von der Wandzeitung bis zur digitalen Präsentation.

Lernen über Medien

Das Ziel des Faches Politik ist es, die Schülerinnen und Schüler zu befähigen, sich aktiv in politische Willensbildungsprozesse einzubringen. Dazu benötigen sie ein Grundverständnis für Politik und Einsichten in politische Zusammenhänge. Um diesem Bildungsauftrag gerecht zu werden, muss besonders das Fach Politik ein Lernen auch über Medien ermöglichen, denn politische Prozesse werden fast ausschließlich über Medien wahrgenommen.

- ⇒ Medien vermitteln Vorstellungen von Natur und Kultur in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.
- ⇒ Medien liefern Material für die Konstruktion von Leitbildern und Lebensentwürfen.
- ⇒ Medien verändern die Einstellung zu und den Umgang mit Privatheit und Öffentlichkeit.
- ⇒ Medien beeinflussen gesellschaftliche Beziehungen und Willensbildungsprozesse.³

¹ vgl. Medienbildung in der Schule (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 8. März 2012), S. 3

^{2,3} Orientierungsrahmen Medienbildung in der Schule

3 Erwartete Kompetenzen

Im Folgenden werden die Themenfelder mit dem Orientierungswissen sowie den Analyse- und Urteilskompetenzen zusammengeführt. Die Themenfelder bilden wichtige gesellschaftspolitische Inhalte ab, welche auch regionale und aktuelle Bezüge sowie die Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler berücksichtigen. Die Auswahl der Themenfelder ermöglicht, grundlegende gesellschaftliche Probleme in Gegenwart und Zukunft zu bestimmen. Schülerinnen und Schülern erwerben so Kompetenzen, mit deren Hilfe sie die im Bildungsbeitrag formulierten Ziele erreichen können.

Der Einstieg in das Fach Politik erfolgt verbindlich mit dem Themenfeld „Was ist Politik?“. Damit wird der Politikzyklus eingeführt, der für alle anderen Themenfelder das grundlegende Denkmodell darstellt. Nach der Einführung des Politikzyklus erfolgt die Behandlung des Themas „Machen Medien Meinungen?“, da hierdurch ein zweiter wichtiger Gesichtspunkt der Auseinandersetzung mit politischen Inhalten eingeführt wird (vgl. hierzu 2.5 Zum Einsatz von Medien). Die sich anschließenden Themenfelder in den Schuljahrgängen 8 bis 10 unterliegen in dem jeweiligen Schuljahrgang keiner festgelegten Reihenfolge. Auch sind nicht alle Aspekte eines Problems/Konflikts im Unterricht verpflichtend zu behandeln.

Für den gymnasialen Schulzweig bildet das Kerncurriculum „Politik-Wirtschaft“ des Gymnasiums die Grundlage für den Kompetenzerwerb. Dieses Fach wird in der Stundentafel erst ab Schuljahrgang 8 ausgewiesen und unterscheidet sich im didaktischen Ansatz und in der inhaltlichen Ausgestaltung vom vorliegenden Kerncurriculum. Bei einem Übergang vom jahrgangsbezogenen zum schulzweigbezogenen Unterricht ist bei der Gestaltung des schuleigenen Arbeitsplans für das gymnasiale Angebot auf diese besonderen Umstände zu achten.

Die Inhalte für die Schuljahrgänge 7/8 wurden so gewählt, dass die Analyse- und Urteilskompetenz auf der konkreten Lernebene erworben werden können. Die zu behandelnden Themen sollen überwiegend der Alltags- und Vorstellungswelt der Schülerinnen und Schüler entsprechen. Dabei ist zu beachten, dass Beziehungen und Wechselwirkungen zu gesellschaftlichen Teilbereichen zwar aufgezeigt werden, die Analyse aber nur für konkret vorstellbare Sachverhalte und Personen durchgeführt wird.

In den Schuljahrgängen 9/10 werden die Analysekompetenz und Urteilskompetenz durch die Verknüpfung der konkreten Lernebene mit der abstrakten und komplexen Politik erworben. Die Erkenntnis, dass Politik einen prozesshaften Charakter besitzt, wird bei der Behandlung aller Themenfelder angebahnt. Auf diesem Weg wird einsichtig, dass Politik nicht durch abschließende Entscheidungen geprägt ist, sondern von unterschiedlichen Meinungen und Interessen beeinflusst wird. Am Ende steht häufig der politische Kompromiss.

Die Themen der Schuljahrgänge 9 und 10 sind nicht einem Doppeljahrgang zugeordnet, sondern den einzelnen Schuljahrgängen 9 und 10, da der Kompetenzerwerb in der Oberschule am Ende des 9. Schul-

jahrgangs für die Schülerinnen und Schüler, die nach diesem Schuljahrgang die jahrgangsbezogene Oberschule verlassen, mit denen im Bildungsgang für die Hauptschule vergleichbar sein soll.

Die geplanten Unterrichtseinheiten müssen nicht die gesamte Unterrichtszeit beanspruchen. Aktuelle Themen, Projekte und Schüleranregungen sind ein weiterer wichtiger Bestandteil des Politikunterrichts. Ihnen sollte im Unterricht ein angemessener Zeitraum zur Verfügung gestellt werden. Eine Möglichkeit, Politikunterricht am Kriterium der Aktualität auszurichten, bieten Tages- oder Wochenberichte.

Querverweise auf andere Unterrichtsfächer sind direkt hinter der jeweiligen Kompetenz in [KAPITÄL-CHEN] gesetzt. Diese dienen der Fachkonferenz als Orientierung für die fachübergreifende Vernetzung der schuleigenen Arbeitspläne.

3.1 Themenfelder für den Schuljahrgang 7/8

Themenfeld 1: Was ist Politik?

Orientierungswissen unter den Aspekten des Politikzyklus		Analysekompetenz	Urteilskompetenz
		Die Schülerinnen und Schüler ...	
Normative Grundlagen	Grundlagen von Politik sind Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit und Solidarität.	• beschreiben Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit und Solidarität als Grundlagen des Zusammenlebens.	• stellen fest, dass normative Grundlagen wie Menschenrechte, Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit und Solidarität unerlässlich sind.
Interessengruppen	An Politik sind verschiedene Interessengruppen beteiligt.	• charakterisieren verschiedene Interessengruppen in der Gesellschaft.	• bewerten die Interessen der verschiedenen Gruppen hinsichtlich ihrer eigenen Interessen.
Regeln	Politik regelt das Zusammenleben.	• beschreiben die Regeln/Gesetze, die sich aus den Grundlagen des Zusammenlebens ableiten.	• beurteilen die Notwendigkeit und die Anerkennung von Regeln und Gesetzen.
Beteiligung	In der Politik gibt es eine Vielzahl von Beteiligungsformen.	• vergleichen verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten an politischen Prozessen.	• diskutieren eigene Beteiligungsmöglichkeiten
Mediale Darstellung	Politik ist in der Regel nur medial erfahrbare.	• ermitteln verschiedene Zugangsmöglichkeiten zur Politik (medial und nichtmedial).	• erkennen, dass Informationen über Politik in der Regel nur aus den Medien zu entnehmen sind.
Lösungsansätze	Eine Problemlösung ist durch Interessenausgleich möglich.	• erläutern Kompromiss und Konsens als Lösungsmöglichkeiten für Interessenskonflikte.	• bewerten die Auswirkungen eines Kompromisses oder Konsenses.

Themenfeld 2: Machen Medien Meinungen?

Orientierungswissen unter den Aspekten des Politikzyklus		Analysekompetenz	Urteilskompetenz
		Die Schülerinnen und Schüler ...	
Normative Grundlagen	Pressefreiheit und Meinungsfreiheit sind staatlich garantierte Grundrechte.	• erklären die Notwendigkeit der Presse- und Meinungsfreiheit für eine demokratische Gesellschaft.	• erörtern die Grenzen der Meinungs- und Pressefreiheit.
Interessen- gruppen	Politik, Interessengruppen und Medien sind miteinander verflochten und voneinander abhängig.	• vergleichen die Medien, in denen Politik/Politiker sichtbar werden. • erkennen die gegenseitige Abhängigkeit.	• beurteilen die Interessen von Politikern und Medien in ihrer Wechselwirkung. • überprüfen die mediale Darstellung auf Interessen.
Regeln	Die mediale Berichterstattung unterliegt den Grenzen des Datenschutzes und dem Schutz der Persönlichkeitsrechte.	• erläutern die Funktion von Datenschutz und Persönlichkeitsrechten.	• bewerten Datenschutz und Persönlichkeitsrechte hinsichtlich ihrer eigenen Interessen.
Beteiligung	Soziale Netzwerke, Leserbriefe nehmen Einfluss auf die öffentliche Meinung.	• erschließen die Möglichkeiten der medialen Beteiligung.	• setzen sich mit der Wirksamkeit medialer Beteiligungsmöglichkeiten auseinander.
Mediale Darstellung	Die mediale Darstellung umfasst immer nur Teile der Realität.	• ermitteln die Aufgaben der Medien • erläutern die Kontrollfunktion der Medien.	• beurteilen, inwiefern ihre Wahrnehmung von Politik medial geprägt ist.
Lösungs- ansätze	Ein vielseitiger und kritischer Medienkonsum erschwert die unkontrollierte Beeinflussung.	• ermitteln ihren eigenen Medienkonsum.	• nehmen begründet Stellung zu der Fragestellung „Machen Medien Meinungen?“.

Themenfeld 3: Gerechtigkeit für alle?

Orientierungswissen unter den Aspekten des Politikzyklus		Analysekompetenz	Urteilskompetenz
		Die Schülerinnen und Schüler ...	
Normative Grundlagen	Grundlage bildet die Rechtsstaatlichkeit: Schutz vor Willkür und Korruption, Menschenrechte und Schutz der Menschenwürde.	• erläutern den Schutz der Menschenwürde als normative Grundlage staatlicher Gewalt.	• erörtern die Grenzen des Rechtsstaates.
Interessengruppen	Interessengruppen tragen Konflikte aus und suchen Regulierungsmöglichkeiten.	• vergleichen die Möglichkeiten zur Konfliktregulierung.	• bewerten die Folgen einer Konfliktregulierung
Regeln	Jede Bürgerin/jeder Bürger ist im Besitz von Rechten und Pflichten.	• benennen und erläutern ihre Rechte und Pflichten.	• diskutieren den Anspruch auf Rechte und die Zumutbarkeit von Pflichten.
Beteiligung	Jeder Bürgerin/jedem Bürger garantiert der Staat Gerichte anzurufen.	• erarbeiten die Grundsätze des Rechtsstaates.	
Mediale Darstellung	Medien sind verpflichtet zu informieren, unterliegen dabei auch der Gefahr zu skandalisieren.	• verfolgen und beschreiben die öffentliche Darstellung eines Rechtsthemas.	• untersuchen die öffentliche Darstellung auf Informationsgehalt bzw. Skandalisierung und bewerten diese.
Lösungsansätze	Gewählte Volksvertreter beschließen Gesetze, auf deren Grundlage unabhängige Gerichte Urteile fällen.	• erklären die Funktion von Gesetzen	• diskutieren die Angemessenheit staatlicher Gewalt.

Themenfeld 4: Leben, um zu arbeiten? Arbeiten, um zu leben?

Orientierungswissen unter den Aspekten des Politikzyklus		Analysekompetenz	Urteilskompetenz
		Die Schülerinnen und Schüler ...	
Normative Grundlagen	Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstelle frei zu wählen. (GG Art.12)	• beschreiben die Bedeutung der Arbeit für die persönliche und gesellschaftliche Entwicklung.	• beurteilen die Veränderung der Arbeit in ihrer gesellschaftlichen Auswirkung.
Interessen- gruppen	Unterschiedliche wirtschaftliche Perspektiven beeinflussen die politische Teilhabe.	• beschreiben Ursachen und Folgen der sozialen Ungleichheit.	• setzen sich kritisch mit den Gründen für Armut und Reichtum auseinander.
Regeln	Staatliche Alterssicherung soll Altersarmut vermeiden.	• beschreiben die Notwendigkeit einer Alterssicherung vor dem Hintergrund des demographischen Wandels.	• bewerten die Wirksamkeit der staatlichen Altersvorsorge.
Beteiligung	Ehrenamtliche Tätigkeit ergänzt die Berufstätigkeit.	• finden und charakterisieren Beispiele ehrenamtlicher Tätigkeit und anderer Formen von Arbeit.	• bewerten die Bedeutung und die Möglichkeiten ehrenamtlicher Arbeit und anderer Formen von Arbeit.
Mediale Darstellung	Statistische Daten sollen zur politischen Entscheidungsbildung beitragen.	• lesen und erklären Daten in grafischen Darstellungen. [MATHEMATIK / ERDKUNDE]	
Lösungs- ansätze	Die Zukunft von Arbeit beeinflusst die Zukunft des Lebens.	• erläutern zukünftige Formen und Entwicklungsmöglichkeiten der Arbeit.	• prüfen die Chancen der (eigenen) Mobilität und Flexibilität als zukünftige Rahmenbedingungen der Arbeit.

3.2 Themenfelder für die Schuljahrgänge 9 und 10

Die in den Themenfeldern 1 und 2 in kursiver Schrift dargestellten inhalts- und prozessbezogenen Kompetenzen und Grundbegriffe sind ausschließlich für die Schülerinnen und Schüler verpflichtend, die nach Schuljahrgang 10 die Oberschule verlassen.

Themenfeld 1: Demokratie in Deutschland: Zwischen Untertan und Bürger? – Schuljahrgang 9

Orientierungswissen unter den Aspekten des Politikzyklus		Analysekompetenz	Urteilskompetenz
		Die Schülerinnen und Schüler ...	
Normative Grundlagen	Das Grundgesetz definiert die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland.	nennen und erklären die Prinzipien der Demokratie in der Bundesrepublik.	nehmen Stellung zur Demokratie als Herrschaftsform.
Interessen- gruppen	Parteien spielen im politischen System eine zentrale Rolle.	<i>erläutern Vielfalt in der Gesellschaft als Ausdruck garantierter Freiheiten.</i>	<i>beurteilen die Einflussnahme von Interessengruppen auf die politische Meinungsbildung.</i>
Regeln	Gewaltenteilung, Föderalismus und Parlamentarismus sind Prinzipien unserer Demokratie.	benennen das Grundgesetz als Handlungsrahmen der gesellschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland.	setzen sich mit verschiedenen Formen der Demokratiegefährdung auseinander.
Beteiligung	Die Demokratie bedarf der Beteiligung.	ermitteln die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an politischen Prozessen.	
Mediale Dar-	Der Wahlkampf steht als öffentliche Darstellung politischer Absichten.	analysieren die (Selbst-)Darstellung der politischen Parteien in den Medien.	beschreiben und <i>bewerten</i> die mediale (Selbst-)Darstellung der politischen Parteien.
Lösungs- ansätze	Die freiheitlich-demokratische Grundordnung zeigt den Rahmen für politische Teilhabe auf.	<i>beschreiben das Veränderungspotential von Wahlen durch Wähler, Wechselwähler, Protestwähler und Nicht-Wähler.</i>	<i>erkennen die Chancen dieser Teilhabe für ihre Bürgerrolle.</i>

Themenfeld 2: EU – ein Garant für Frieden, Wohlstand und Sicherheit? – Schuljahrgang 9

Orientierungswissen unter den Aspekten des Politikzyklus		Analysekompetenz	Urteilskompetenz
		Die Schülerinnen und Schüler ...	
Normative Grundlagen	Frieden, Wohlstand und Zusammenleben sind die Grundideen der EU. Menschenrechte bilden die weltweit gültige Norm.	beschreiben und begründen die Umsetzung der Grundidee im Einigungsprozess der EU.	diskutieren die Auswirkungen der EU auf ihren eigenen Alltag.
Interessengruppen	Mitgliedsstaaten verfolgen gemeinsame und eigene Interessen	- erschließen die unterschiedlichen Interessen innerhalb der Gemeinschaft. <i>ermitteln die Bedeutung des Binnenmarkts für den Wirtschaftsraum EU</i>	<i>problematisieren die Widersprüche zwischen den unterschiedlichen Interessen innerhalb der Gemeinschaft.</i>
Regeln	Entscheidungsverfahren auf europäischer Ebene regeln das Zusammenleben in der EU.	benennen die Organe der EU und erläutern ihre Aufgaben.	nehmen exemplarisch Stellung zur Entscheidungen auf europäischer Ebene.
Beteiligung	Wahlen, Europäische Bürgerinitiative und internationale Jugendbegegnung sind Möglichkeiten der politischen Teilhabe.	- vergleichen die Möglichkeiten der Einflussnahme auf politische Entscheidungen auf europäischer Ebene - beschreiben Möglichkeiten des interkulturellen Austausches von Jugendlichen.	erörtern die Chancen der verschiedenen Formen des interkulturellen Austausches.
Mediale Darstellung	Die Berichterstattung über die Politik der EU und ihre Rolle in internationalen Krisen erfolgt häufig kontrovers.	<i>analysieren die Darstellung der EU in den Medien.</i>	
Lösungssätze	Dialog, Abkommen und Bündnisse tragen zur Friedenssicherung bei.	beschreiben die Herausforderungen der Solidargemeinschaft in Gegenwart und Zukunft.	begründen die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit zur Lösung der gemeinsamen Problemfelder.

Themenfeld 3: Umwelt und Wirtschaft: gegen- oder miteinander? – Schuljahrgang 10

Orientierungswissen unter den Aspekten des Politikzyklus		Analysekompetenz	Urteilskompetenz
		Die Schülerinnen und Schüler ...	
Normative Grundlagen	Staatliche Aufgaben sind Wirtschaftswachstum, Nachhaltigkeit, Umwelt- und Klimaschutz.	• zählen Aspekte des Umwelt- und Klimaschutzes auf.	• bewerten den Zusammenhang zwischen ihrem zukünftigen Leben und den Themen Wirtschaftswachstum, Nachhaltigkeit, Umwelt- und Klimaschutz.
Interessengruppen	Staatliche Akteure, NGO, Unternehmen und Verbraucher haben unterschiedliche Interessen.	• charakterisieren staatliche und nichtstaatliche Akteure und deren Interessen.	• bewerten die unterschiedlichen Interessen im Spannungsfeld Ökologie und Ökonomie.
Regeln	Ökologie und Ökonomie werden durch Gesetze gefördert und geschützt.	• nennen Beispiele zur rechtlichen Regelung von Umweltthemen.	• beurteilen, wer von diesen rechtlichen Regelungen profitiert oder belastet wird.
Beteiligung	Verbraucher haben Einfluss auf Umweltschutz und wirtschaftliche Entwicklung.	• beschreiben und analysieren ihr Konsumverhalten und Umweltbewusstsein.	• hinterfragen die Einflussmöglichkeiten von Verbrauchern und NGO auf Umwelt- und Klimaschutz.
Mediale Darstellung	Unternehmen stellen sich öffentlich dar. Medien berichten über ökologische und ökonomische Missstände.	• ermitteln Marketing und Werbeauftritte von Unternehmen [DEUTSCH]. • analysieren die Darstellung von ökologischen und ökonomischen Missständen in den Medien.	• beurteilen mediale Darstellungen von Unternehmen hinsichtlich ihrer Umweltbilanz.
Lösungsansätze	Internationale Konferenzen und Abkommen stehen im Spannungsfeld von nationalen Interessen und globalen Aufgaben.	• beschreiben Streitpunkte zwischen Nationalstaaten bei internationalen Umwelt- und Klimaschutzkonferenzen.	• nehmen Stellung zu den Ergebnissen von internationalen Umwelt- und Klimaschutzvereinbarungen.

Themenfeld 4: Erreichen wir eine grenzenlose Sicherheit? – Schuljahrgang 10

Orientierungswissen unter den Aspekten des Politikzyklus		Analysekompetenz	Urteilskompetenz
		Die Schülerinnen und Schüler ...	
Normative Grund-	Die Menschenrechte stellen eine uneingeschränkte Verpflichtung dar.	• beschreiben die Rolle der UN zur Durchsetzung der Menschenrechte.	• beurteilen die weltweite Umsetzung der Menschenrechte.
Interessen-	Die UN bemüht sich um Ausgleich internationaler Interessen und Abwehr von Bedrohungen und Gefährdungen.	• benennen und charakterisieren internationale Akteure. • ermitteln die Gefahren für die internationale Sicherheit durch Radikalisierung. • erkennen den Kampf um Macht und die Verteilung von Ressourcen als Ursachen von Konflikten.	• erörtern eigene und staatliche Reaktionen auf Radikalisierung und Terrorismus. • diskutieren und beurteilen die Gründe für Konflikte.
Regeln	Das Völkerrecht ermöglicht und begrenzt das Souveränitätsprinzip.	• erläutern Grundregeln der globalen Beziehungen.	• problematisieren die Wirksamkeit von internationalen Abkommen.
Beteiligung	NGO und soziale Medien bieten Möglichkeiten der Teilhabe an international bedeutsamen Themen.	• erklären die zunehmende Bedeutung der sozialen Netzwerke (Umgehung von Zensur, Herstellung von Öffentlichkeit, Mobilisierung etc.).	• erörtern die Möglichkeiten der konkreten Einflussnahme durch soziale Medien und Beteiligung an NGOs.
Mediale Darstellung	Die Berichterstattung über internationale Konflikte erfolgt häufig kontrovers.	• analysieren die Inhalte und Perspektiven von Berichterstattungen in Print-, audiovisuellen und digitalen Medien (auch sozialen Netzwerken).	• hinterfragen, ob Nachrichtensendungen die relevanten Themen abdecken.
Lösungssätze	Friedenssicherung erfolgt durch Dialog, Abkommen und internationale Organisationen.	• erschließen Möglichkeiten der Friedenssicherung.	• nehmen Stellung zu den verschiedenen Möglichkeiten der Friedenssicherung.

4 **Leistungsfeststellung und Leistungsbewertung**

Leistungen im Unterricht sind in allen Kompetenzbereichen festzustellen. Dabei ist zu bedenken, dass die sozialen und personalen Kompetenzen, die über das Fachliche hinausgehen, von den im Kerncurriculum formulierten erwarteten Kompetenzen nur in Ansätzen erfasst werden.

Der an Kompetenzerwerb orientierte Unterricht bietet den Schülerinnen und Schülern einerseits ausreichend Gelegenheiten, Problemlösungen zu erproben, andererseits fordert er den Kompetenznachweis in Leistungssituationen. Ein derartiger Unterricht schließt die Förderung der Fähigkeit zur Selbsteinschätzung der Leistung ein. In Lernsituationen dienen Fehler und Umwege den Schülerinnen und Schülern als Erkenntnismittel, den Lehrkräften geben sie Hinweise für die weitere Unterrichtsplanung. Das Erkennen von Fehlern und der produktive Umgang mit ihnen sind konstruktiver Teil des Lernprozesses. Für den weiteren Lernfortschritt ist es wichtig, bereits erworbene Kompetenzen herauszustellen und Schülerinnen und Schüler zum Weiterlernen zu ermutigen.

In Leistungs- und Überprüfungssituationen ist das Ziel, die Verfügbarkeit der erwarteten Kompetenzen nachzuweisen. Leistungsfeststellungen und Leistungsbewertungen geben den Schülerinnen und Schülern Rückmeldungen über die erworbenen Kompetenzen und den Lehrkräften Orientierung für notwendige Maßnahmen zur individuellen Förderung. Neben der kontinuierlichen Beobachtung der Schülerinnen und Schüler im Lernprozess und ihrer individuellen Lernfortschritte, die in der Dokumentation der individuellen Lernentwicklung erfasst werden, sind die Ergebnisse mündlicher, schriftlicher und anderer fachspezifischer Lernkontrollen zur Leistungsfeststellung heranzuziehen.

In Lernkontrollen werden überwiegend Kompetenzen überprüft, die im unmittelbar vorangegangenen Unterricht erworben werden konnten. Darüber hinaus sollen jedoch auch Problemstellungen einbezogen werden, die die Verfügbarkeit von Kompetenzen eines langfristig angelegten Kompetenzaufbaus überprüfen. In schriftlichen Lernkontrollen sind alle drei Kompetenzbereiche „Orientierungswissen“, „Analysekompetenz“ sowie „Urteilskompetenz“ zu berücksichtigen. Festlegungen zur Anzahl der bewerteten schriftlichen Lernkontrollen trifft die Fachkonferenz auf der Grundlage der Vorgaben des Erlasses „Die Arbeit in der Oberschule“ in der jeweils gültigen Fassung.

Mündliche und fachspezifische Leistungen gehen mit einem höheren Gewicht in die Gesamtzensur ein als die schriftlichen Leistungen. Der Anteil der schriftlichen Leistungen an der Gesamtzensur ist abhängig von der Anzahl der schriftlichen Lernkontrollen innerhalb eines Schulhalbjahres. Der Anteil der schriftlichen Leistungen darf ein Drittel an der Gesamtzensur nicht unterschreiten. Eine Benotung der Urteile von Schülerinnen und Schülern kann sich ausschließlich auf die Nachvollziehbarkeit der Begründungen und auf die Nachvollziehbarkeit der Orientierung an den mehrperspektivischen Kriterien beziehen. Die Aussage oder der Inhalt unterliegen **nicht** der Benotung.

Zu mündlichen und anderen fachspezifischen Leistungen zählen z.B.:

- Beiträge zum Unterrichtsgespräch
- Mündliche Überprüfungen
- Unterrichtsdokumentationen (z. B. Protokoll, Lernbegleitheft, Lerntagebuch, Portfolio)
- Anwenden fachspezifischer Methoden und Arbeitsweisen
- Präsentationen, auch mediengestützt (z. B. durch Einsatz von Multimedia, Plakat, Modell)
- Ergebnisse von Partner- oder Gruppenarbeiten und deren Darstellung
- Langzeitaufgaben und Lernwerkstattprojekte
- Freie Leistungsvergleiche (z. B. Schülerwettbewerbe)

Bei kooperativen Arbeitsformen sind sowohl die individuelle Leistung als auch die Gesamtleistung der Gruppe in die Bewertung einzubeziehen. So werden neben methodisch-strategischen auch die sozial-kommunikativen Leistungen angemessen berücksichtigt.

Die Grundsätze der Leistungsfeststellung und -bewertung müssen für Schülerinnen und Schüler sowie für die Erziehungsberechtigten transparent sein.

5 Aufgaben der Fachkonferenz

Die Fachkonferenz erarbeitet unter Beachtung der rechtlichen Grundlagen und der fachbezogenen Vorgaben des Kerncurriculums einen fachbezogenen schuleigenen Arbeitsplan (Fachcurriculum). Die Erstellung des Fachcurriculums ist ein Prozess.

Mit der regelmäßigen Überprüfung und Weiterentwicklung des Fachcurriculums trägt die Fachkonferenz zur Qualitätsentwicklung des Faches und zur Qualitätssicherung bei.

Die Fachkonferenz ...

- legt die Themen bzw. die Struktur von Unterrichtseinheiten fest, die die Entwicklung der erwarteten Kompetenzen ermöglichen, und berücksichtigt dabei regionale Bezüge,
- legt die zeitliche Zuordnung innerhalb der Doppelschuljahrgänge fest,
- trifft Absprachen zur Differenzierung und Individualisierung,
- arbeitet fachübergreifende und fächerverbindende Anteile des Fachcurriculums heraus und stimmt diese mit den anderen Fachkonferenzen ab,
- legt Themen bzw. Unterrichtseinheiten für Wahlpflichtkurse sowie Profile In Ergänzung zu den im jeweiligen Kerncurriculum geforderten Inhalten sowie in Abstimmung mit den schuleigenen Arbeitsplänen fest,
- entscheidet, welche Schulbücher und Unterrichtsmaterialien eingeführt werden sollen,
- trifft Absprachen zur einheitlichen Verwendung der Fachsprache und der fachbezogenen Hilfsmittel,
- trifft Absprachen über die Anzahl und Verteilung verbindlicher Lernkontrollen im Schuljahr,
- trifft Absprachen zur Konzeption und zur Bewertung von schriftlichen, mündlichen und fachspezifischen Leistungen und bestimmt deren Verhältnis bei der Festlegung der Zeugnisnote,
- wirkt mit bei der Erstellung des fächerübergreifenden Konzepts zur Beruflichen Orientierung und greift das Konzept im Fachcurriculum auf,
- entwickelt ein fachbezogenes Konzept zum Einsatz von Medien im Zusammenhang mit dem schulinternen Mediencurriculum,
- wirkt mit bei der Entwicklung des Förderkonzepts der Schule und stimmt die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung ab,
- initiiert die Nutzung außerschulischer Lernorte, die Teilnahme an Wettbewerben etc.,
- initiiert Beiträge des Faches zur Gestaltung des Schullebens (Ausstellungen, Projektstage etc.) und trägt zur Entwicklung des Schulprogramms bei,
- trifft Absprachen zur Abstimmung der fachbezogenen Arbeitspläne mit den benachbarten Grundschulen sowie den weiterführenden Schulen,
- ermittelt Fortbildungsbedarfe innerhalb der Fachgruppe und entwickelt Fortbildungskonzepte für die Fachlehrkräfte.

Anhang

A1 - Operatoren für das Fach Politik

Operatoren sind handlungsinitiierende Verben, die signalisieren, welche Tätigkeiten beim Bearbeiten von Aufgaben erwartet werden. In der Regel sind sie den einzelnen Anforderungsbereichen zugeordnet.

Anforderungsbereich I - Reproduktionsleistungen -	
- Wiedergeben von grundlegendem Fachwissen unter Verwendung der Fachbegriffe - Bestimmen der Art des Materials - Entnehmen von Informationen aus unterschiedlichen Materialien - Kennen und Darstellen von Arbeitstechniken und Methoden	
aufzählen nennen wiedergeben zusammenfassen	Kenntnisse (Fachbegriffe, Daten, Fakten, Modelle) und Aussagen in komprimierter Form unkommentiert darstellen
benennen bezeichnen	Sachverhalte, Strukturen und Prozesse begrifflich präzise aufführen
beschreiben darlegen darstellen	Wesentliche Aspekte eines Sachverhalts im logischen Zusammenhang unter Verwendung der Fachbegriffe wiedergeben

Anforderungsbereich II - Reorganisation und Transfer -	
- Erklären struktureller und zeitlicher Zusammenhänge - Sinnvolles Verknüpfen politischer Sachverhalte - Analysieren von unterschiedlichen Materialien - Einordnen von Sachverhalten unter Beachtung der Rahmenbedingungen	
analysieren	Materialien oder Sachverhalte kriterienorientiert oder aspektgeleitet erschließen und strukturiert darstellen (z.B. am Modell des Politikzyklus)
auswerten	Daten oder Einzelergebnisse zu einer abschließenden Gesamtaussage zusammenführen
charakterisieren	Sachverhalte in ihren Eigenarten beschreiben und diese dann unter einem bestimmten Gesichtspunkt zusammenführen
einordnen	Eine Position zuordnen oder einen Sachverhalt in einen Zusammenhang stellen
erklären	Sachverhalte durch Wissen und Einsichten in einen Zusammenhang (Theorie, Modell, Regel, Gesetz, Funktionszusammenhang) einordnen und deuten
erläutern	Vergleichbar mit „erklären“, aber die Sachverhalte durch zusätzliche Informationen und Beispiele verdeutlichen
herausarbeiten ermitteln erschließen	Aus Materialien bestimmte Sachverhalte herausfinden, auch wenn sie nicht explizit genannt werden, und Zusammenhänge zwischen ihnen herstellen

interpretieren	Sinnzusammenhänge aus Materialien erschließen
vergleichen	Sachverhalte gegenüberstellen, um Gemeinsamkeiten, Ähnlichkeiten und Unterschiede herauszufinden
widerlegen	Argumente anführen, dass Daten, eine Behauptung, ein Konzept oder eine Position nicht haltbar sind

Anforderungsbereich III - Reflexion und Problemlösung -	
- Erörtern politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Sachverhalte und Probleme - Entfalten einer strukturierten, differenzierten und problembewussten Argumentation - Entwickeln von Hypothesen zu politischen Fragestellungen - Reflektieren der eigenen Urteilsbildung unter zusätzlicher Beachtung normativer Kategorien	
begründen	Zu einem Sachverhalt komplexe Grundgedanken unter dem Aspekt der Kausalität argumentativ und schlüssig entwickeln
beurteilen	Den Stellenwert von Sachverhalten oder Prozessen in einem Zusammenhang bestimmen, um kriterienorientiert zu einem begründeten Urteil zu gelangen
bewerten Stellung nehmen	Vergleichbar mit „beurteilen“, aber zusätzlich die Sachverhalte oder Prozesse mit individuellen und politischen Wertmaßstäben reflektieren und zu einem begründeten eigenen Urteil kommen
entwerfen	Ein Konzept in seinen wesentlichen Zügen erstellen
entwickeln	Zu einem Sachverhalt oder zu einer Problemstellung ein konkretes Lösungsmodell, eine Gegenposition, ein Lösungskonzept oder einen Regelungsentwurf begründend skizzieren
erörtern	Zu einer vorgegebenen Problemstellung eine reflektierte, kontroverse Auseinandersetzung führen und zu einer abschließenden, begründeten Bewertung gelangen
gestalten	Aufgabenstellungen produktorientiert bearbeiten; dazu zählt unter anderem das Entwerfen eigener Handlungsvorschläge und Modelle
problematisieren	Widersprüche herausarbeiten sowie Positionen oder Theorien begründend hinterfragen
prüfen überprüfen	Inhalte, Sachverhalte, Vermutungen oder Hypothesen auf der Grundlage eigener Kenntnisse oder mithilfe zusätzlicher Materialien auf ihre sachliche Richtigkeit bzw. auf ihre innere Logik untersuchen
sich auseinander- setzen diskutieren	Zu einem Sachverhalt, zu einem Konzept, zu einer Problemstellung oder zu einer These eine Argumentation entwickeln, die zu einer begründeten Bewertung führt

A2 – Angebote der politischen Bildung in Niedersachsen

Der Niedersächsische Landtag als außerschulischer Lernort im Fach Politik

Der Niedersächsische Landtag bietet sich als außerschulischer Lernort für erfahrungs- und handlungsorientierten Unterricht in besonderer Weise an. Das Angebot des Niedersächsischen Landtages (www.landtag-niedersachsen.de; Stand Dezember 2017) ermöglicht sowohl das unmittelbare Erleben politischer Wirklichkeit als auch die Erlernen politischen Handelns im Rollenspielen. So ermöglicht der Niedersächsische Landtag Schülerinnen und Schülern u.a. Führungen, den Besuch einer Plenarsitzung, Gespräche mit Abgeordneten und Parlamentsrollenspiele am Originalschauplatz. Die Wahrnehmung der Angebote empfiehlt sich insbesondere im Kontext des Themenfeldes 1 („Demokratie in Deutschland“) in Schuljahrgang 9.

A3 - Der Wochenbericht als Methode im Politikunterricht

Eine besondere Bedeutung für den Politikunterricht spielen die Medien zur Informationsgewinnung. Eine Möglichkeit, Politikunterricht am Kriterium der Aktualität auszurichten und die Schülerinnen und Schüler an die Arbeit mit den Medien heranzuführen, bietet der Wochenbericht.

Die Schülerinnen und Schüler erhalten die regelmäßige Aufgabe, aus der Tagesberichterstattung der Medien ein politisch relevantes Thema auszuwählen und dieses in Form eines weitgehend selbst formulierten Textes darzustellen. Ihnen soll so verdeutlicht werden, wie wichtig die Medien für die politische Information des Bürgers sind. Die Schülerinnen und Schüler bereiten sich darauf vor, ihren selbst formulierten Text der Klasse möglichst frei, ggf. visuell unterstützt, vorzutragen und im Anschluss daran mögliche Nachfragen zu beantworten. Diese Vorgehensweise verdeutlicht den Lernenden, dass die ständige Beschäftigung mit der aktuellen politischen Berichterstattung zum Alltag des Bürgers in der Demokratie gehören sollte.

Die Grundlage für die Erstellung und die Auswertung der Präsentation des Wochenberichtes bilden die Analysefragen des vereinfachten Politikzyklus. Auf diese Weise können die curricularen Vorgaben mit tagesaktuellen Ereignissen verbunden werden. Bei der Einführung des Wochenberichtes erhalten die Schülerinnen und Schüler die Analysefragen (2.1) als Such- und Bearbeitungskriterien für die anzufertigenden Berichte. Die Lehrkraft weist darauf hin, dass die Anwendung der Analysefragen und deren Umsetzung im Vortrag Grundlagen einer möglichen Berichtsbenotung sind. Dabei ist darauf zu achten, dass die zugrunde gelegten Benotungskriterien transparent sind.